

heren Um-
rung, die
führt, der-
ie Bahn,
Orten sind

besonders
Aniel, als
ndig ver-
nen Teile
er Wasser.
stürmische
als die
abgepfeilt
e mehrere
ocht, ohne
n konnten.
dem über-
s, wurden
uch aus
den letzten
chiedenen
Edam be-
ird, wenn
dam und
t Motor-
n, um im
n Häusern

mung be-
en Kanals
n der Um-
d auf den
g herrscht

elger, der
ngen den
wurde von
Bauern-
feuerte
die Land-
ährend
bäger in
mit einem
ark, die er

stärksten
Das Un-
bildet des
leidet
ame sind

egung der
liefert von
ung auf.
drücken in

en! Ich
n die

Frank-
utigam

aren ist

wister
n.

er
ge ge-
stimm-
ten hat

le. A. G.
so 11.

durch Gr-
t. eig. der-
t. Konsum-
rungs, jede
intermitten-
ber vom
L. Gerren-
n, auch nach
L. Gerren-
t. 2884
andonion
tergasse 25.

en.
m., Wer-
er, Lager-
teten, 2498
Hirschstr. 9.

Abonnements:
Monatlich 33 Pfennig ausschließlich
Zugabe; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erstsendung an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6gepost. Zeitungsblätter 10 Pf.
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden angegeben
sein. Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Riebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehlstr. 49, Telephon 1025 — Expedition: Dieckstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 14 Dienstag den 18. Januar 1916 27. Jahrgang

Montenegros Friedensbitte und Unterwerfung.

Friedensziele-Erklärung der Sozialdemokraten im Preußenlandtag.

Der erste Sonderfrieden.

Der ungarische Ministerpräsident teilte im Abgeord-
netenhaus mit, daß Montenegro um die Einleitung von
Friedensverhandlungen nachgesucht und bedingungslos Waf-
fenniederlegung angenommen habe. Der Telegraph trug so-
fort die Botschaft weiter, die auch im deutschen Reichstag und
preussischen Abgeordnetenhaus freudig aufgenommen wurde.

Montenegros König und Regierung haben klug aus un-
abänderlichen Tatsachen den einzig möglichen Schluß gezogen.
Nachdem mit dem Rohzen und Cetinje die starke Nordwest-
stellung gefallen und durch die Einnahme von Berane die zen-
trale Befestigung gegen den Osten niedergebrosen, blieb zur
völligen Einschließung der montenegrinischen Streitkräfte
nur noch die Besetzung der einzigen Bahnlinie des Landes
übrig. Die Truppen Oesterreich-Ungarns standen dicht davor.
Aushungerung oder ein schreckliches Los beim teilweisen Ent-
weichen in die Berge Nordalbaniens, eine andere Wahl blieb
den montenegrinischen Streitkräften nicht mehr. Die Ueber-
gabe riefte sie vor dem völligen Untergang und endet zugleich
den schwersten Teil der Leiden des Volkes, das längst darbt
und nun, bei der Abschneidung aller Verbindungen, dem
grimmtigen Hunger überantwortet wäre.

Der kleinste der Gegner der Mittelmächte hat den Kampf
aufgegeben. Militärisch hat das nicht viel zu sagen, denn das
ganze Ländchen wird von weniger als einer halben Million
Leuten bewohnt. Immerhin hat die Sache indirekt auch
militärisch ihre Bedeutung, insofern unser Verbündeter
Kräfte freibekommt für andere Zwecke. Auch politisch hat
Montenegro kein großes Gewicht; aber auch hier ist die in-
direkte Wirkung zu würdigen und die Unterwerfung als ein
Stimmungszeichen zu bewerten. König Nikita ist ein schlauer
Politiker; hätte er beim Bierverband weiter seine Rechnung
aufgelesen, so läge mindestens nicht seine persönliche Zustim-
mung zur Friedensbitte vor. Er handelt auch zweifellos nach
Rücksicht auf sein Schwiegerkronprinzen auf dem italienischen
Thron. Und also ist seine Friedensbitte das glatte Eingeständnis,
daß Italien sich nicht die Kraft antaut, Oesterreich
aus der neuemodernen strategischen Stellung, die für die
Land- und noch mehr für die Seestreitkräfte Oesterreich-
Ungarns eine sehr beträchtliche Verbesserung bringt, heraus-
zuwerfen.

Mit Ketten hatten die Mächtigen im Bierverband die
Glieder der Entente zusammengeklammert, mit Ketten auch
die Kleinen sich fest verbunden. Aber da kam eine Balkan-
zustände, die unbedenklich die Kleinen aus den eigenen Reihen
niederstapfen ließ. Das traurige Geschick Serbiens stellte
ein Warnungszeichen auf, das Montenegro zu lesen verstand.
Das kleine Ländchen war gleichsam das Bindeglied zwischen
dem Ost- und Westteil der Entente; es war wie Serbien ein
Kuhposten Rußlands, von dem es dauernd Waffen und
Geld empfing, und lebte sich zugleich an Italien, dem es als
Güter des Vorrats, als starker Vormächter gegen einen etwai-
gen Drang Oesterreichs nach dem Südtteil der Adria diente
und damit eine Art Garantieträger für die Ansprüche wurde.
die aus der Adria ein italienisches Meer machen wollten. Aber
der Jar ist weit und König Nikita mußte inne werden, daß
wie Rußlands Kraft, so Italiens Vermögen und Wille zur
Hilfsleistung verfallen. Statt der Hilfe gegenseitige Beschrän-
kungen: Du hättest helfen müssen, du, nein du! — so war-
fen sich in den letzten acht Tagen England, Frankreich und
Italien gegenseitig den Ball zu; und das Bescheidendste dabei:
Rußland nannte keiner. Das großmächtige Rußland, das
eben noch Rumänien an seine Seite und zum Krieg hatte
dreschen wollen, war zu einer Größe geworden, die man über-
sah. „Was kannst du armer Teufel geben?“

Ja, es blieb wirklich nichts übrig als die Kapitulation.
Mit seinem Kluggang ein Glied der Kette, die alle En-
tentestaaten und Schutzbesetzten umschlang. Kein Sonder-
frieden! so heißt es in dem Londoner Vertrag, der zwar nur
die Unterschrift der vier Großen trägt, aber doch stillschwei-
gend und in Sonderabmachungen auch die Kleinen umfaßt.
Der Grundsatz ist umgestürzt. Noch wird die große Kette sich
nicht lösen, noch wird England mit zäher Ausdauer zusammen-
halten, was verblieb. Noch bemüht es sich, nun freilich aus-
sichtsloser als je, Griechenland zur Beteiligung zu pressen.
Aber nicht nur der Geist des am Treubruch seiner Genossen
schmachhaft zugrunde gegangenen Serbiens; auch Montenegro
wird als feindlicher Gast sich an die Tafel setzen, wenn die
Feldherren und Staatsmänner des Bierverbandes Beratung
halten. Und wenn die Feldherren und Staatsmänner ihn
nicht sehen, so werden schließlich die Völker seiner achten.

Die Bedrängung Griechenlands.
Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia:
Griechenland wird morgen in einer Note von der Entente die
Räumung des griechischen Territoriums fordern.

Stimmt die Nachricht, so wäre sie der Vorläufer neuer
friederischer Zusammenstöße, die nach der Lage der Dinge
Griechenland nur bestehen könnte an der Seite der Zentral-
mächte und ihrer Verbündeten. Die Nachrichten aus Griechen-
land sind aber unklar und widersprüchlich. Manche behau-
ten, die Entente habe den griechischen Kriegshafen Vhaleron
besetzt, dem Athen benachbart ist; eine Meldung der „Frankf.
Ztg.“ sagt sogar, der König werde Athen verlassen und sich
nach Larissa (Nordwest-Griechenland) begeben, wo die griechi-
sche Hauptstreitkraft verammelt ist; eine andere Meldung
spricht von der Ueberführung der griechischen Archive nach
Larissa, das bei Gefahr die Hauptstadt werden solle. Andere
Nachrichten sagen jedoch, die Entente schiffe und Truppen hät-
ten Vhaleron bereits wieder verlassen. Daß die Entente
Griechenland mit allen Mitteln brutalisiert, ist klar. Hier
zwei bezeichnende Telegramme:

Bern, 17. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Der „Temps“
meldet aus Athen: Die Alliierten sprengten außer der
Strumabridge noch acht kleinere Brücken zwischen Voron und
Kilindir. Man vermutet, daß ähnliche Vorbeugungsmaß-
regeln unverzüglich auch auf dem Wege nach Monastir (Bito-
lia) getroffen werden würden.

Haag, 17. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Der „Nieuwe
Courant“ meldet aus London: Ein Telegramm aus Athen be-
richtet, daß seit einem Monat keine Dampfer oder Segelschiffe
von Griechenland ausgefahren oder angekommen sind. Von
mehreren Hundert Schiffen, die ausgefahren sind, um Lebens-
mittel zu laden, ist man ohne Nachricht.

Die sentimentalen Junker.

Die erste Sitzung des preussischen Abgeord-
netenhauses hat gleich wieder den Gegenstand aufgezeigt,
der zwischen den preussischen Konservativen und der Reichs-
regierung auch mitten im Kriege besteht und durch die ersteren
so sorglich und hartnäckig als möglich gepflegt wird. Herr
v. Seydebrand hat heute mit einer verlogenen Formulierung
den Kampf gegen das Wahlreformverbot der Thronrede
eingeleitet. Er schob der Reichsregierung die Schuld daran
zu, daß sie im Kriege die Einigkeit löse. Noch genauer ge-
sagt: er griff die Regierung unter der Adresse der Linken,
nicht einmal direkt an. Aber das Ganze ist natürlich eine völ-
lige Verdrehung der Tatsachen.

Daß Bethmann das preussische Wahlrecht verbessern will
und muß, weiß man längst aus der Zeit vor dem Kriege. Ge-
hindert haben ihn jahrelang nur die Junker. Jetzt, nachdem
die unergieblichen Leistungen unserer Soldaten die Wahl-
reform gewissermaßen zur politischen Selbstverständlichkeit
gemacht haben, sind es wiederum die preussischen Konservati-
ven, die hemmend und störend eingzugreifen suchen. Sie
machen Värm über eine Entwidlung, die von niemandem
mehr zu hindern ist, und beschuldigen dabei andere, die Einig-
keit zu stören! Als wenn es in der Politik und Geschichte
überhaupt unabänderliche Dinge gäbe, namentlich aber in
Kriegszeiten mit so gewaltigen Umwälzungen! Der preussi-
sche Junker à la Seydebrand erhebt den Anspruch, daß die
Einigkeit des Volkes völligen Stillstand unserer Verfassungs-
einrichtungen bedeuten soll. Welche sonderbare Annahme,
wenn man weiß, daß diese Verfassung aus einer völlig klein-
bürgerlichen Zeit stammt und daß jetzt westpolitische Stürme
von unerhörter Seltigkeit über unsere Köpfe brausen, denen
wir standhalten haben! So ein preussischer Konservati-
ver ist das Hofische, was es überhaupt in der Welt gibt. Zu-
rückgeblieben, unzugänglich, empfindungslos, uneinsichtig —
das sind alles lauter zu milde Bezeichnungen für das Verhal-
ten dieser Klasse. Sie ist vielmehr einfach versteinert. So
etwas Unzugängliches und Verstofftes gibt es in der ganzen
Welt nicht mehr. Sonst könnten die um Seydebrand ja auch
unmöglich in Gegensatz zu einer so milden und langsamen
Reformregierung kommen, wie es die Bethmannsche zu sein
sich redlich Mühe gibt!

Die „Gründe“ Seydebrands brauchen keine nähere Be-
leuchtung. Sie entspringen alle aus dem einen Weh und
Ach der Junker: das Bestehende nützt uns, deshalb ist es
„ideal“. Mit diesem „Idealismus“ wollten die preussischen
Agrarier die Stein-Bordenbergischen Reformen verhindern
und die Auslehnung gegen Napoleon fördern. Mit jenem
„Idealismus“ haben sie 1848/49 gewirtschaftet und alles,
was an Volkseigenheiten errungen war, wieder auf den Stand
des Vormärz zurückzuführen gesucht. Die furchtbare Ent-
scheidungszeit dieses Weltkrieges soll jetzt wieder das Siegel
ihrer Unbelehrbarkeit aufgedrückt bekommen, wenn es nach
ihnen ginge. Jetzt aber sind Reichsregierung und Massen
hoffentlich einig darüber, daß es keine dritte Reaktionsperiode
in der Entwicklung Deutschlands geben darf. Und Seyde-

brand mag deshalb festgestellt haben, daß die preussischen
Konservativen noch genau die alten sind. Aber von Einfluß
auf den Gang der Dinge darf das nicht mehr sein.

Auch im Reichstag wird heute und am morgigen
Schlußtag dieser Session kräftig um Volksrechte, um Frei-
heit und Einfluß auf Krieg und Frieden gerungen. Es
fällt aber niemandem ein, dies als eine Störung der Einig-
keit zu bezeichnen. Nur die Junker spielen wieder einmal die
Sentimentalen. Ihre Nährtränken gelten aber nicht dem
inneren Frieden, sondern ihrem schwindenden Einfluß, den
der Weltkrieg mit seinen politischen Folgen unterhöhlt. Ihm
mögen sie nachweinen. Je rascher er davon schwimmt, desto
besser für Deutschland! Q.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 17. Jan. (B. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

In der Stadt Lens wurden durch das feindliche Ar-
tilleriefeuer sechzehn Bewohner getötet und verwundet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Schneestürme behindern auf dem größten Teil der Front
die Geschützaktivität. Es fanden nur an einzelnen Stellen
Patrouillenkämpfe statt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 17. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Amtlich wird
verlautbart, den 17. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die an der bessarabischen und ostgalizischen Front ange-
setzten russischen Armeen haben auch gestern eine Wieder-
holung ihrer Angriffe unterlassen. Es herrschte
im allgemeinen Ruhe. Nur im Raum östlich von Kharanzy
vertrieben unsere Truppen unter heftigen Kämpfen den Feind
aus einer vorgeschobenen Stellung, schütteten seine Gräben zu
und spannten Drahthindernisse aus. Im Bereiche der Armee
des Erzherzogs Josef Ferdinand wurden drei russische Vor-
stöße gegen unsere Feldwachposten abgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Geschützkämpfe an einzelnen Punkten der Küstenlän-
den und der Tiroler Front dauern fort. Der Kirchenrücken
von Slavija wurde von unseren Truppen wegen des dorthin
vereinigten feindlichen Artilleriefeuers wieder geräumt. Im
Görzischen zwangen unsere Flieger mehrere italienische Fessel-
ballons zum Niedergehen und warfen feindliche Lager mit
Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Der König von Montenegro und die monte-
negrinische Regierung haben am 13. Januar um
Einstellung der Feindseligkeiten und Be-
ginn der Friedensverhandlungen gebeten.
Wir antworteten, daß dieser Bitte nur nach be-
dingungsloser Waffenstreckung des monte-
negrinischen Heeres entsprochen werden könne. Die
montenegrinische Regierung hat gestern die von uns
gestellte Forderung bedingungsloser Waffen-
streckung angenommen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Italienisches Sozialistenlob für Rußland.

Rugano, 17. Jan. (T. U.) Die sozialistische Zeitung „Lavoro“, die das Organ des organisierten Proletariats in Genua ist, bringt einen merkwürdigen Lobesartikel über die Verhältnisse in Rußland. „Lavoro“ behauptet, daß in Rußland die Pressefreiheit mindestens in demselben Umfang und Maßstab bestehe, wie in anderen Staaten, die sich rühmen, zivilisiert und demokratisch zu sein. Was die Kritik religiöser Einrichtungen anbetreffe, so sei darin die russische Zensur toleranter als die österreichische. Nebenfalls sei die Presse in Rußland viel freier als in Österreich. „Lavoro“ ist mit diesem Lob Rußlands als freies Land für die Presse nicht zufrieden. „Lavoro“ leistet sich dagegen noch eine lange Lobeshymne auf die Straf- und Gefängnisverhältnisse in Rußland. Das Gefängnisystem in Rußland sei nicht anders, oder schlimmer als in anderen Ländern. Als Strafbußung sei die Deportation nach Sibirien hundertmal vorzuziehen dem Hellengefangnis. Was die politischen Verhältnisse anbetreffe, so bilden sie nach dem „Lavoro“ eine verschwindende Minorität gegenüber den gemeinen Strafgefangenen. Die Deportation nach Sibirien müsse man als einen „großartig angelegten Plan der russischen Regierung“ betrachten, unermesslich viele Landstrassen zu kultivieren und den Gefangenen „neues Leben zu eröffnen“.

„Avanti“ zum französischen Parteitag.

Der „Avanti“ läßt scharfe Kritik an der Zensur, die die französische Partei ihrem eigenen Organ auferlegt, und findet, daß die konservativen Zeitungen, anlässlich der Bekanntmachungen über den Parteitag, alles Recht haben, zu bemerken: „Ihr Sozialisten predigt seit Jahren die Abschaffung des Geheimnisses in diplomatischen und internationalen Abmachungen, und dabei umgibt ihr doch selbst die Verhandlungen eures Parteitages mit dem Schleier des Geheimnisses. Wenn ihr uns wenigstens ein Grünbuch verschafft!“ Die Vorwürfe, die der „Avanti“ für ein solches Gebahren hat, richteten sich aber ebenso sehr an die deutsche, wie an die französische Parteileitung, da ihre Handlungsweisen sich seiner Ansicht nach ganz genau entsprechen. „Die furchtbaren Anklagen, die sie selbst immer gegen die französische Bourgeoisie erhoben haben, sind ein niederträchtiges Material, das sie an die Seite der Kaisersozialisten auf die Anklagebank verweist.“ Und ähnlich phantastisch meint das Blatt weiterhin: „Die vom blutigen Unwetter verfolgten und doch am Proletariat blutigen erbischen Sozialisten, die in Sibirien gefangenen Russen, Liebesknecht, der einsame Apostel, alle die, denen kein Mafel irgendeiner unreinen Verbindung anhaftet, sie dürfen bittende Vorwürfe erheben gegen die Dabid, die Regien, die Sassenbach, die für ein Vinsengericht irgendwelcher jämmerlicher Wahlreform das Lumpenproletariat Deutschlands zu den Füßen des Kaisers gezerrt haben. Alle auf dem Boden des Klassenkampfes unerschütterlich stehenden Gelehrten haben das Recht, diesem deutschen Proletariat Aufrüttelung zur sozialen Revolution zu predigen, die die Republik von der Remiel bis zur Eins herstellt.“ Und das könnten nur die in Frankreich wie in Deutschland immer bedeutender werdenden „Zimmerwaldisten“ sein. Man sieht, daß die geographische Orientierung des Leitartiklers in bezug auf Deutschland etwas mangelhaft ist. Aber wie lächerlich oft die Voraussetzungen sind, von denen aus deutsche Verhältnisse beurteilt werden, dafür bietet im selben Blatt vom 4. Januar ein Artikel zur elfstündigen Annerionsfrage einen weiteren Beweis. Beim Selbstbestimmungsrecht Elßah-Rothringens, meint der „Avanti“, müsse doch auch bedacht werden, daß Elßah-Rothringens „seit einiger Zeit auch von zahlreichen Deutschen bewohnt ist, die seit der preussischen Eroberung dahin auswandern.“ Diese und alle aus elßahisch-deutschen Mischlingen hervorgegangenen Bewohner dürften wohl nach Ansicht der französischen Parteigenossen nicht am „Selbstbestimmungsrecht“ teilnehmen. Wenn nun der „Avanti“ erst wüßte, was für Niederlagen der französische „Nationalismus“ in den letzten Jahren bei den elfstündigen Annerions- und Landtagswahlen hatte, so würde er das „Selbstbestimmungsrecht“, das die französischen Sozialisten dem Elßah gewähren wollen, vielleicht noch mehr kritisieren.

Kleines Genilleton.

Frankfurter Theater.

Neues Theater. Unser alter Lokalheld Adolf Stölze gehört zu jenen glücklichen Prognostikern, die die Welt mit heiteren Augen ansehen. Das Größte aber menschliche Probleme liegt ihm fern. Auch sein neuester Schwarm „Gelegenheit macht Lüste“, der jetzt im Neuen Theater aufgeführt wird, atmet diese heitere Lebensauffassung. Und da es sich dabei um eine Dialektkomödie handelt, hat eigentlich nur der einen rechten Genuß davon, der die „Reinheiten“ und witzigen Ausdrücke der Frankfurter Sprache versteht. Darin liegt die Stärke dieses Schwanks; die Frankfurter Ausdruck geben ihm sozusagen die Würze. Wer diese nicht versteht, wird den Schwank — oder soll's eine Komödie sein? — sehr schnell finden. Ein schon sehr klapperiger Frankfurter Appellweinrentier verliert sich in seinen alten Tagen in eine junge exotische Schönheit, in eine Artistin, die auf dem Tropen tanzt. Das wäre an sich nichts Schlimmes; aber er begehrt die weitere Dummheit und heiratet das junge Ding auch. Zunächst nimmt's das kleine Franchen mit der Ehe ganz ernst; aber mehr und mehr erkennt sie, daß ihr Mann ein rechter Idiot ist, und nun mißt sie ihn nicht nur aus, sondern führt ihn auch an der Nase herum. Sie handelt mit einem andern am. Gelegenheit dazu bietet ein Maskenkränzen bei einem Tanzlehrer in Offenbach. Dort trifft sich das Franchen mit ihrem Liebhaber. Aber auch der alte verliebte Schauder kommt dorthin, und zwar unter dem Deckmantel Fuchsi, und handelt mit einer Maske an. Daß das sein eigenes heimatliches Köpchen ist, ist das Recht des Herrn Rentier Krümmers. Diese dritte Szene ist eigentlich das Beste an dem ganzen Stück. Dann drückt die ganze Overlichte sich zusammen. Die beiden erkennen, daß sie nicht zu einander passen, und die junge Frau kehrt wieder zu ihrer artistischen Kunst zurück, während der Alte von seinem Bruder eine Lektion über Vernunft erteilt bekommt. Bis zum dritten Akt geht die Geschichte noch, aber der vierte Akt, in dem die ganze artistische Verwandtschaft etwas sehr lächerlich auf dem Plan erscheint, läßt jedes feiner künstlerische Empfinden vermissen und wirkt fast abstoßend. Nur dem guten Spiel des Herrn Grünig, des Herrn Krümmers, des Herrn Fuchsi, des Herrn Fuchsi (seiner Tochter) und des Herrn Fuchsi (seiner Tochter) ist das Stück reichlich mit Frankfurter Dialektstücken gespickt, und es fließt geschäftig, komisch, bald eine heitere Stimmung in das Publikum, durch die es über die Schwächen des Stückes hinweggeht.

Die Kohlenkrise in Italien.

Ein sozialistischer Industrieller sagt im „Avanti“ vom 4. Januar voraus, daß wenn der Preis für die englischen Kohlenlieferungen weiter in diesem Maße steigen, wohl bald eine Reihe von Fabriken geschlossen werden müssen. Der Preis für einen Waggon Kohle, der in Friedenszeiten 30 Lire betrug, beträgt heute 180 Lire. Die enorme Steigerung rührt hauptsächlich von den ungeheuren Transportkosten her. Denn ist auch die Kohle selbst im Einkauf teurer, nämlich von 13 auf 23 Schilling gestiegen, also längst nicht auf das Doppelte, so hat sich die schließlich für die italienischen Konsumenten herauskommende Preis in derselben Zeit verdreifacht. Die Fracht betrug im Juli 1912 7 1/2 Schilling, heute 66 1/2 Schilling. Der Artikelschreiber des „Avanti“ beklagt es tief, daß gegenüber solch gefährlicher Lage weder Regierung, noch im Parlament die Parteien, noch im allgemeinen die Presse das nötige haben und tun, die Frage zu lösen. In der Kammer habe man von allem möglichen geredet, nur nicht von dieser hochwichtigen Angelegenheit, nur im Senat habe man, aber längst nicht genügend, und ohne jeden Erfolg von der Kohlenkrise gesprochen. Auch die sozialistische Partei habe sich nicht genügend darum bekümmert. Und doch müßte sie sich vergegenwärtigen, was es auch für die Arbeiterschaft bedeuten wird, wenn in einigen Monaten manche Fabriken einfach schließen müssen. Unterdessen habe England bereits eine Milliarde Gewinn mit diesen Kohlenlieferungen an Italien gehabt, und unbegreiflicherweise gäbe es noch immer Leute, die England wegen seiner großen Leistungen als Vorkämpferin der verbündeten Mächte bewunderten. Es wäre höchste Zeit, daß auf dem Weg diplomatischer Verhandlungen mit England hier Wandel geschaffen würde. Der Leser wird sich wundern, heißt es in dem Artikel, von dieser höchst merkwürdigen Idee einer diplomatischen Angelegenheit zwischen so nahen Verbündeten zu hören. Aber man hätte sich im März und April wohl etwas anderes vorgestellt unter dem Zusammenarbeiten mit England, das jetzt allein durch Transportkosten eine Milliarde an Italien zu verdienen fertig bringe.

Schwedens Neutralität.

In der Thronrede zur Eröffnung des schwedischen Reichstags wird gesagt: Zweck Aufrechterhaltung der Neutralität und des Selbstbestimmungsrechtes Schwedens haben wir die Streitkräfte zu Lande und zu Wasser vermehrt und müssen sie stets bereit halten. Das schwedische Volk hat im vergangenen Jahre in mannigfacher Weise unter den Wirkungen des Krieges gestanden. Die Kriegsführungen vernachlässigten immer mehr die Grundzüge des Völkerrechts und ihren Zweck, die Bestimmung der Neutralen und Begrenzung der gewaltsamen Handlungen des Krieges gegenüber dem friedlichen Verkehr. Schweden, dessen glücklicher Anteil an der Schöpfung dieser Grundzüge bekannt ist, ergriff teilweise zusammen mit den Regierungen der beiden anderen skandinavischen Länder Maßnahmen zur Aufrechterhaltung dieser anerkannten internationalen Grundzüge. Die Haltung der kriegsführenden Mächte verurteilte dem schwedischen Volk erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Regierung mußte mehrere Male gegen Veruche, den Handel unter fremde Aufsicht zu stellen, einschreiten. Die Arbeit für die Stärkung der Landesverteidigung schreite ohne Verzug fortgesetzt werden. Trotz großer Sparmaßnahmen im Budget würden Entwürfe zu einer neuen Steuer vorgelegt werden. Die Thronrede bemerkt, die Regierung habe die Absicht, dem Reichstag vorzuschlagen, besondere Abgeordnete auszuwählen, die mit der Regierung geheime Fragen überlegen sollen, wie dies z. B. im Herbst 1914 bereits der Fall gewesen sei.

Der Voranschlag des Staatshaushalts balanziert mit 414 254 000 Kronen; für das Jahr werden 66 102 600, für die Marine 30 880 806 Kronen gefordert. Die Kosten für die Aufrechterhaltung der Neutralität von 53 Millionen werden durch eine innere Anleihe von 27 Millionen und durch andere Staatseinnahmen von 26 Millionen gedeckt werden. Zur Förderung produktiver Zwecke soll außerdem noch eine Anleihe von 56 Millionen abgeschlossen werden. Zur Ueberwindung der verteuerten Lebenshaltung sind für gewisse Staatsbeamte 3,5 Millionen im Etat vorgesehen.

Kammermusik hinter der Front.

Aus dem Besten wird uns geschrieben: Ein Orchester in trüber Zeit! Drei Künstler von gutem Rufe, die Professoren Schumann (Klavier), Willy Hög (Violine) und der Cellist Gustav Dörmann (Viola) von der Berliner Hofoper, geben jetzt als „Trio-Vereinigung“ Kammermusikabend unmittelbar hinter der Front und ersten Beifall und Lob und Dank dafür von vielen Hunderten von Feldgrauen, die sich zu ihren Abenden zusammenfinden, wie zu einem Gottesdienst. Es war durchwegs „schwere Kost“, die sie uns in unserem Städtchen geseht haben, das D-dur-Klavier-Trio op. 70 No. 1 von Beethoven, das C-moll-Trio op. 101 von Brahms und das B-dur-Trio op. 99 von Schubert. Aber das kleine Theater, in dem und dieser Kammermusik gütlich wurde, war erfüllt von einer dicken Lust, ebenso ernst wie die Musik gehimmten Merges. Das waren Leute, die sich wochenlang vorher auf diese Stunde gefreut hatten und ihr ganzes Leben lang den Abend nicht vergessen werden. Ein eigenartiger Anblick in der Tat, so ein mit „Feldgrauen“ gefülltes Theater! Da sah man u. a. Soldaten, die sich mit vieler Mühe für einen Tag Urlaub erwarbt hatten und heute abend wieder schon wieder im Schützengraben standen, Kellnerburschen, an deren Bett der erimte Schütze lag, und nicht so leicht von ihm weg zu bekommen war, Menschen, die das Leben verlernt hatten und trotz ihrer Jugend so ernst und so grimmig blickten, als hätten sie niemals die Sonne gesehen, daneben Franchen mit milde Gesichtern wie die Madonna von Nürnberg und nicht bei mir zwei von den modernen Kanonieren, die heute morgen noch mit gutartigen Schrapnellgeschüssen die großen „Vögel“, die über unserer Wälder kreuzten, betrieben haben — ein bunt gemischtes Publikum, trotz der gemeinsamen Farbe der Kleidung. Und nicht selten fand freudige Rufe des Entzückens, wenn einer einen Kameraden trifft, den er längst tot gehalten ...

Da treten die Künstler auf die Bühne und mit einemmal wieder Stille im Raum: Schubert! Wie lang, lang ist's her, seit dieser Jambor unfers „Franchen“ zum letzten Male auf mich wirkte: Ich bringe mit euch die Bilder froher Tage Und manche liebe Schotten steigen auf — Gleich einer alten halberlebten Sage Lohnt erste Lieb' und Freundschaft mit Braut. Der Schmerz wird neu, es wiederholt die Klage Des Lebens lachtrüchlich ihren Lauf Und nennt die Guten, die um schöne Stunden Vom Glück getauscht, vor mir hinweggeschwunden — Jetzt folgt das „Allegro energico“ von Brahms C-moll-Trio. Da, wie das die Sehnen strafft und den Mut erhebt! Ist mir's nicht, als käme mit einem Male Albrecht Dürers „Ritter“ hinter den Kulissen hervor, der zwischen Tod und Teufel durchkreuzt, ohne eine Miene im Gesicht zu verlieren. So flüchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen. ... Und zum Schluss Beethovens methodische Afforde, alles vernehmend, alles vernehmend, umfassen der Menschenliebe — ach wären es die Friedensklänge für 1913.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Das Pariser „Journal“ meldet: Von Tokio sind drei japanische Panzerkreuzer, angeblich „Asagao“, „Tosima“ und „Chitose“ nach dem Südpazifik abgegangen, entweder, wie das Blatt meldet, zum Schutz der japanischen Schifffahrt im Mittelmeere oder zur Beihilfe bei der Verteidigung des Kanals.

In einem dem preussischen Landtag zugegangenen Gesetzentwurf werden zur Förderung der inneren Kolonisation 100 Millionen Mark gefordert.

Aus der Partei.

Liebesknecht als Bildner.

Genosse Dr. Karl Liebesknecht hat dem Bureau des Reichstags mitgeteilt, daß er zurzeit keiner Fraktion angehört. Liebesknecht wird deshalb im Mitgliederverzeichnis des Reichstags von jetzt an als Bildner geführt.

Preussische Landeskommission gegen Landtagsfraktion.

Die Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens, die am 14. und 15. Januar 1913 tagte, beschäftigte sich mit der politischen Situation in Preußen und nahm, nachdem ihr die von der Fraktion zur Statberatung formulierte Erklärung vorgelegt worden war, mit 25 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung, folgenden Beschluß an: „Die Landeskommission, nach dem Statut zur Führung der Parteigeschäfte der Sozialdemokratie Preußens berufen, kann der von der Mehrheit der Landtagsfraktion beschlossenen Erklärung zum Kriege nicht zustimmen. Sie billigt die Haltung und Politik der Reichstagsfraktion, die in der Erklärung vom 4. August 1914 festgelegt ist, und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen.“ Nach Annahme dieses Beschlusses trat die Landtagsfraktion zu erneuter Beratung ihrer Erklärung zusammen. Die Fraktion nahm zwar einige Änderungen an ihrer Erklärung vor, berücksichtigte aber wesentliche Wünsche der Landeskommission nicht. Darauf sagte die Landeskommission mit 21 gegen 5 Stimmen folgenden Beschluß: „Die Landeskommission bedauert, daß die Fraktion des Abgeordnetenhauses den gestrigen mit 25 gegen 6 Stimmen gefaßten Beschluß, wonach die Landeskommission erwartet, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen, nicht berücksichtigt hat.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Januar.

Am Bundesratssitz: Stellvertretender Kriegsminister General von Wandel.

Die Beratung des Ausschusses über die Resolutionen, Anträge und Petitionen wird fortgesetzt.

Der Berichterstatter Graf Westarp berichtet u. a. über die Beschlüsse der deutschen Zeitungsverleger gegen das Reichstelegraphen-Bureau, weil es seine Vorgesetzungen bei der Uebermittlung des amtlichen Berichts dazu benutzte, um die Zeitungen zum Bezuge auch des übrigen Materials des R. L. B. zu nötigen.

Dann berichtet er über den Antrag, den Mannschaften einen ausreichenden Urlaub zu gewähren, namentlich denen, die bisher keinen Urlaub erhalten hatten.

Abg. Schödlitz (Sog.): Schon in der Kommission ist betont worden, daß große Bedeutung einer wohlwollenden Regelung der Urlaubsfrage zukommt. Wir geben zu, daß diese Frage im Kriege sehr schwer zu regeln ist. Aber es sollte doch auf keinen Fall vorkommen, daß ein ganzes Jahr lang Urlaub nicht gewährt wird, was tatsächlich in einer Masse von Fällen geschehen ist. Aus vielen mir zugegangenen Klagen scheint hervorzugehen, daß bei verschiedenen Truppenteilen in dem Moment eine Beschränkung der Urlaubsgewährung eingeführt wurde, als der Reichstag die Freifahrt der Urlauber beschlossen hatte. Der Reichstag wollte natürlich mit seinem Beschluß das Gegenteil erreichen. Ferner wird auch für Soldaten in der Heimat vielfach jährlich nur zweimal Urlaub mit Freifahrt gewährt. Wenn diese zweimalige Gewährung eines Urlaubs für die Truppen in der Front zweifellos eine Verbesserung ist, so bedeutet die Beschränkung auf einen nur zweimaligen Urlaub mit Freifahrt für die verheirateten Leute in der Heimat eine ganz ungerechtfertigte Härte. Höchstens könnte man sich damit abfinden, daß den sogenannten Sonntagsurlaubern

Verrückt ist das „Presto“, die Dichter erlösen, zu Ende ist die Schönheit. Aber viele bleiben noch sitzen und fragen mich halblaut: Ist's denn schon zu Ende? Ach, war das schön! — Ob es wohl auch hinter „anderen Fronten“ möglich ist, wenige Kilometer hinter den Schützengräben, solch einen wunderschönen Abend zu bringen? O Deutschland hoch in Ehren. O. O.

Ein Jubiläum der deutschen Briefmarke.

Der „Internationale Poststempel“ erinnert daran, daß demnächst zwei Drittel Jahrhundert verfloßen sein werden, seit Bayern als erster deutscher Staat die Briefmarke einführt. England war schon im Jahre 1840, Preußen, Wien, Zürich 1843, Finnland, Basel 1845, Nordamerika 1846 und Rußland 1848 mit dieser Neuerung vorgegangen. Den Anstoß dazu gab in Bayern die Einführung eines neuen vereinfachten Briefposttarifes für den innerbayerischen Verkehr im Jahre 1840. Danach wurde die Lage für die 1 Voth schweren (einfachen) Briefe für Orte innerhalb 12 Meilen Entfernung auf 3 Kreuzer, für alle anderen auf 6 Kreuzer festgesetzt, während Lokalbriefe 1 Kreuzer zu zahlen hatten. Durch diese Vereinfachung wurde die Einführung der Briefmarke, die an Stelle der früheren Vorkaufung der Briefe trat, erleichtert. Die ersten bayerischen Marken hatten quadratische Form; die Farbe der Ein-Kreuzer-Marken war schwarz, die der Drei-Kreuzer-Marken blau und die der Sechskreuzer-Marken braunrot. Die schwarze Ein-Kreuzer-Marke wurde schon im nächsten Jahre eingezogen und durch eine hellrote ersetzt, weil auf ihr der Stempelabdruck nicht deutlich genug sichtbar war. Sie bildet jetzt eine philatelistische Kuriosität.

Die bayerische Postverwaltung leistete sich bei der Einführung der Briefmarke einen netten Scherz. Sie beschloß, den Verkäufern der Marken kein festes Gehalt, sondern eine Provision zu geben, und zwar kalkuliert man so, daß der Münchener Abnehmer, da er voraussichtlich einen größeren Verschleiß haben dürfte, nur eine geringe Provision brauchte, der in den kleineren Städten aber gar auf dem Rande aber eine größere. Es wurden daher für München 1 Prozent festgesetzt, für Nürnberg, Augsburg und Regensburg 2 Prozent, für die Kreisstädte 3 Prozent und so immer höher bis zu dem kleinsten Dorf, dem 30 Prozent gewährt wurden. Als nun nach drei Monaten die Abrechnung kam, da zeigte es sich, daß die 30prozentigen kleinen Dörfer kolossale Mengen von Briefmarken verbraucht hatten, die großen Städte und gar München so gut wie nichts. Die Kommissionäre hatten einfach ihre Marken fast durchgängig über die kleinen Dörfer bezogen und so einen enormen Extrarabatt gemacht.

besetzt. Zahllose Gefangen sind gerettet. In einigen Monaten ist die Kultur eines Jahrhunderts gerettet, und vieler Jahrehnte wird es bedürfen, das Zertrümmerte wieder aufzubauen.

Die Regierung, die auch jetzt noch nicht die Hand zum Frieden bietet, kauft dadurch das furchtbare Maß der Schuld gegenüber dem eigenen Volke wie der gesamten Menschheit. Wir fordern, daß die deutsche Regierung den Regierungen der anderen Länder vorangeht, ihre Eroberungspläne aufgibt und damit die Bahn ebnet für den einzigen, den Interessen der Menschheit dienenden Frieden. Der Ausbruch und der Verlauf des Krieges haben vor aller Welt das imperialistische Gewaltstücken gebrandmarkt. Nicht durch die Macht der Bajonette, nicht durch Eroberungen und Vergewaltigungen, nicht durch das Aufwerfen neuer Volkwerke in Gestalt von Gebietsveränderungen kann Friede und Kultur gesichert werden, sondern allein durch die bewußte, Opfer- und kampfbereite Interessensolidarität der Proletarier aller Länder.

Der Redner fährt fort: Eine andere Frage, die uns bewegt, ist die der Ernährung der Massen. Die Zensur hindert bei uns das Auszusprechen, was ist, und je länger der Krieg dauert, um so schlimmer ist die Zensur geworden. Daß man aber mit diesem Zensurwesen nichts erreicht, müssen Sie sich doch selbst sagen. In der inneren Verwaltung ist ja manches besser geworden, doch sind wir von einer völligen politischen Gleichberechtigung noch weit entfernt. Mit allem Schutz in Preußen muß endlich ausgedrückt werden. Ueber das Wahlrecht sagt die Thronrede wenig oder nichts. Trotzdem hat sie Herrn v. Heidebrand zu einer wenig bürgerlichen Rede veranlaßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Umso mehr erheben wir von neuem unsere Forderung. Gerade die gegenwärtige Zeit ist geeignet, dem Klassenwahlrecht ein Ende zu machen. Herr v. Heidebrand scheint ja auch für die Zeit nach dem Krieg dringlichere Aufgaben zu kennen (Sehr richtig! rechts), dann wird es zu den schärfsten Kämpfen kommen. Wenn man dem Volk neue Opfer auferlegt, kann man ihm nicht die Rechte vorenthalten. Verschönerungen genügen nicht mehr, wir verlangen vom Minister des Innern, uns über die dunklen Andeutungen der Thronrede Klarheit zu geben. Freilich ist es fraglich, ob die Regierung nach der Rede des Abg. Heidebrand den Mut zu einer Wahlrechtsvorlage finden wird. Die Spuren der Vorlage von 1910 schreien. Das mindeste, was eine Vorlage bringen muß, ist die direkte und geheime Wahl. Mit Worten allein ist es nicht mehr getan, wir verlangen Taten zur Schaffung eines neuen Preußen, in dem alle Staatsbürger gleiche Rechte haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister des Innern v. Loebell: Im Westen wie im Osten sind wir heutzutage vorgegangen. Deutsche, Oesterreicher und Bulgaren haben Serbien besiegt. Unsere tapferen Verbündeten haben die Hauptstadt von Montenegro erobert. Deutschland ist stolz und darf stolz sein. Wir alle wollen nicht vergessen, daß das ganze deutsche Volk voll Born aufstand wie ein Mann, um dem feindlichen Ueberfall zu begegnen, wie ganz Deutschland sich voll Vertrauen um den Kaiser scharte, den Führer in diesem einzigen Daseinskampf, dem die Herzen unseres Volkes in Waffen und des Volkes in der Heimat in Treue entgegenstiegen. Deutschland hat diesen Krieg nicht gewollt. Es hat ein Selbstum ohne gleichen bekundet, befreit von dem festen Willen zum Siege, der dem Feinde auf lange Zeit hinaus die Luft verleidet soll, Deutschland wieder angzufallen. Es gibt Zeiten — und eine solche Zeit ist die jetzige —, wo jeder Lebenszweck, jedes Denken dem Vaterland gehört. Das deutsche Volk ist ein Geist, ein Wille und eine Tat. Aber ich bedaure, daß hier im Laufe einer Erklärung abgegeben worden ist, die dem Inhalte nach dem Willen und der Ueberzeugung des Volkes widerspricht, die aber im feindlichen Ausland Widerhall erweckt. Das Deutsche Reich muß sich heute seinen Weg in Blut und Eisen bahnen zur Erfüllung seiner weltpolitischen Aufgabe. Wir sind stolz auf den Geist des Militarismus, der in der Schule des preussischen Staates groß geworden ist, dem Feinde zum Schrecken, unserem Vaterlande zum Segen. Die Belastungsprobe des Krieges hat erwiesen, wie sicher der preussische Staat auf seinem Fundament ruht. Ueber den Parteien steht die Regierung als Trägerin der Entwicklung des Staates. Sie hält zur Erhaltung und Stärkung des preussischen Staates ein Zusammenarbeiten mit den Parteien für durchaus notwendig. Die Regierung hält es nicht für angezeigt,

die Frage des preussischen Wahlrechts jetzt einer endgültigen Lösung entgegenzuführen zu wollen. Sie ist entschlossen, wenn die Waffen ruhen, an die Lösung dieser Frage heranzugehen. Bis dahin muß diese Frage dem politischen Leben ferngehalten werden. Nach dem Kriege wird es Zeit sein, an die innerpolitischen Sorgen heranzugehen. Den Anhängern der sozialdemokratischen Partei gegenüber hat die Verwaltung Preußens derzeitige Rechnung getragen, daß die Gegensätze der Parteien aufgehoben sind in der großen Pflicht der Vaterlandsverteidigung. (Bravo!) Die Regierung wird das Ihrige tun, um die Gegensätze auszugleichen. Wir wollen die Hoffnung festhalten, daß auch in der Friedensarbeit in nationalen Lebensfragen die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei auf dem Boden des Vaterlandes ihren Platz neben den anderen Parteien findet. Im Ansturm der Nacht dachten die Feinde Deutschland zu erdrücken. Ihr Ansturm ist an deutscher Tapferkeit gescheitert und die Waffen sind zurückgeführt in ihr eigenes verrostetes Land. Der Weltkrieg wird mit Gottes Hilfe enden mit der Befestigung der Weltmachtstellung des Deutschen Reiches.

Weltmachtstellung des Deutschen Reiches. Not und Kampf der Jahrhunderte haben jeden Deutschen denken gelehrt nach dem Worte des großen Preußenkönigs: Es ist nicht nötig, daß ich lebe, wohl aber, daß ich meine Pflicht tue und für das Vaterland kämpfe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Treibberg (nass.): Der Abg. Hirsch spricht von wirtschaftlicher Vereinbarung unter den Völkern und empfiehlt als Heilmittel der Sozialdemokratie wieder die Demokratisierung der Völker. Wir haben aber überall gesehen, daß die Demokratie niemals friedfertige Tendenzen pflegt. Die Arbeiterkassen in England und Frankreich stimmen mit Jubel in den Ruf ein: Deutschland muß vernichtet werden! (Sehr richtig!) Belgien herauszugeben, wäre das Trübsal, was wir tun könnten, denn es ist uns ein Unterschlupf für den Frieden, wie wir ihn wollen. Der Reichsführer hat den Durchzug durch Belgien damit verteidigt, daß es ein Akt der Selbstverteidigung war, damit wir nicht von französischer Seite überfallen würden. Es hat sich herausgestellt, daß Belgien gar nicht das neutrale Land war, daß es vielmehr mit unseren Feinden unter einer Decke gesteckt hat. Der Vergleich mit Griechenland ist nicht zutreffend. Von Belgien haben wir nur freien Durchzug verlangt. Griechenland hingegen will man gegen seinen Willen zum Kriege zwingen. Die Ausführungen des Abg. Hirsch werden nur den Erfolg haben, das Ausland zu ermutigen, bezüglich der Zensur wäre es erwünscht, wenn sie gleichmäßiger gehandhabt werden würde. (Beifall.)

Präsident Graf von Schwerin-Löwig: Bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich dem Hause die Mitteilung machen, daß Graf Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus mitgeteilt hat, daß Montenegro um Friedensverhandlungen gebeten hat. Wenn es an mir liegen würde, würde ich sagen: Vivant sequentes! Es folge der Rache und den Rechten beider die Gunde. (Heiterkeit.)

Finanzminister Dr. Lenge: Ich glaube konstatieren zu können, daß die Herren Vorredner trotz einiger Bedenken dem Etat im Grunde nicht ablehnend gegenüberstehen. Die Lasten für die Eisenbahnen auf Anleihen zu übernehmen, halte ich nach wie vor für bedenklich.

Abg. Feht, von Sehlitz (freikons.): Die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens und die Notwendigkeit dieses noch weiter auszuweiten, zeigt, was nötig ist. Auch hier muß Sparamkeit geübt werden. Mit Bezug auf die Thronrede kann ich es nicht guthießen, daß die Frage einer Wahlrechtsreform jetzt angeschnitten werden ist. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß man nicht eher mit Änderungen hervortreten sollte, als bis ein Gesetzentwurf vorgelegen möglich ist. Es kommt sonst zu Mißverständnissen, die in

der Presse und außerhalb so weit gediehen sind, daß man aus der Thronrede die Uebertragung des Reichswahlrechtes auf Preußen herauslesen zu können glaubte. Ich glaube mich mit niemandem in Widerspruch zu finden, auch nicht mit der Staatsregierung, wenn ich sage, daß der betreffende Satz in der Thronrede dies niemals hat sagen wollen. Wir sind fest entschlossen, bis zum endgültigen Siege durchzuhalten, bis zum Frieden, der unseren Grenzen die Sicherheit gibt, die uns einen dauernden Frieden sichern, in dem die wirtschaftliche und politische Kraft sich glanzvoll entwickeln können. (Stürmischer Beifall und Handklopfen.)

Die Debatte wird geschlossen. Zur Geschäftsordnung bemerkt der Abg. Ströbel (Sog.), daß angesichts der mehrfachen Angriffe auch seitens des Ministers des Innern gegen die Ausführungen des Abgeordneten Hirsch, ihm durch Schluß der Debatte die Möglichkeit genommen ist, auf diese Angriffe zu antworten. Ich bedaure das umso mehr, weil die Angriffe törichte und unsinnige Unterstellungen und Verdächtigungen enthalten. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Aus Ihrem Schlußantrag spricht die schlotternde Angst vor der Wahrheit. (Große Unruhe.) Das ist die Art, mit der Sie die ungeheuren Opfer des Volkes an Gut und Blut belohnen. (Wiederholte grobe Unruhe; Pfuihu!) Abg. Ströbel spricht weiter, obwohl der Präsident fortgesetzt die Glocke rührt. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung die Redner die Glocke des Präsidenten schweigend anhören haben. (Rufe von den Sozialdemokraten. Wiederholte grobe Unruhe.) Schließlich werden der Staatshaushaltsetat und die Steuerentwürfe der Staatshaushaltskommission überwiesen.

Zuvor erklärt Abg. Hirsch-Verlin (Sog.): Der Abg. Feht, von Sehlitz hat gemeint, ich hätte das Mißverständnis in einer persönlichen Bemerkung richtig stellen können. Ich habe das unterlassen, weil das schlimmste Mißverständnis bereits durch einen Zurschmitt richtig gestellt worden ist. Damit aber keine Meinungsverschiedenheit aufkommen kann, betone ich ausdrücklich, was auch aus dem Wortlaut meiner Erklärung hervorgeht, daß es mir nicht im Traum eingefallen ist, das Verlangen aufzustellen, jetzt Belgien zu räumen. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Gesetzentwürfe über weitere Beihilfen zu Kriegswirtschaftsausgaben der Gemeinden und Gemeinverbände und über die Dienstvergehen der Beamten, der Orts-, Land- und Jnnungsfrankensassen. Kleine Vorlagen. Schluß 1/2 11 Uhr.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.
Mittwoch, 19. Jan., 8 1/2 Uhr: „Peterdorns Mondfahrt“. Auf. Abonn. Ermäß. Fr. — 7 1/2 Uhr (zum Besten der Wohlfahrts- und Kriegswirtschaftsausgaben der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger), zum ersten Male: „Dorothea“. Operette in 1 Akt. Musik von J. Offenbach. Hierauf: „Der Gott und die Bajadere“. Melodram von Goethe. Musik von Franz Ludwig Ferdinand von Bayern. Ferner: 14. Ungarische Kapodie von Liszt. Zum Schluß, zum ersten Male (mit neuen Dekorationen, Kostümen und Requisiten): „Andersens Märchen“. Phantastisches Tanzspiel in 7 Bildern mit einem Vor- und Nachspiel. Musik von Cesar Redba. Auf. Abonn. Große Fr.

Ein fünfhundert Gramm Feldpostpaket
Deutscher Cognac „Urgeist“
die herrlichste und willkommenste Gabe.
Preis M. 1.75
Jean Simuth M. 1.75
3-5 Kronprinzenstr. Filiale: 36n Eschenheimerstr.

Trinkt Frankfurter Bürgerbräu!

Kein Bier-Aufschlag!
Stollbier
zum alten Preis
per Flasche 12 Pfg. ohne Glas.
W. Stoll vorm. H. Kölsch Nachfl.
am Hauptgüterbahnhof.
Erhältlich in allen Filialen des Konsum-Vereins, von Latscha und von Schade & Füllgrabe und in allen einschlägigen Geschäften.

Sozialdemokratischer Verein Langenselbold.
Nachruf.
Am 18. Dezember verstarb im Feldlazarett in Frankreich infolge einer schweren Verwundung unser treuer Genosse
Georg Hensel
Pflasterer.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
3171 Der Vorstand.

Radfahrer-Bund „Solidarität“
Ortsgruppe Langenselbold.
Nachruf.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, dass unser treuer Bundesgenosse
Georg Hensel
am 18. Dezember infolge einer schweren Verwundung im Feldlazarett in Frankreich gestorben ist.
Wir werden demselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.
3170 Die Ortsverwaltung.

Frankfurter Schauspielhaus.
Mittwoch, 19. Jan., 7 1/2 Uhr: „Was werden die Leute sagen!“ 12. Vorstell. im Rittmoos-Abonn. Kleine Fr.
Neues Theater.
Mittwoch, 19. Jan., 8 Uhr: „Rosa“. Abonn. B. Gew. Fr.
Donnerstag, 20. Jan., 8 Uhr: „Selbstgeht macht — Liebe“. Abonn. B. Gew. Fr.

Schumann-Theater.
Letzte Woche! 8 Uhr. „Immer feste druff!“

GROSS-FRANKFURT
AM ESCHENHEIMER TURM:
Spezialitäten-Theater.
Anfang 8 Uhr 10. **Bachus Jacoby** Humorist. **Vorher Konzert.**
Kretons Wunderhunde. **Marselli** der Urkomische. **2 Nelson** Sprung-Künstler.
Lauben. Begleit. **Berger u. Berger** **3 Remie**
Radfahrer. **Plachturner** akrobatische Tänze.
Francis **Baekes** **Eine Graf**
Elfenzauber. **hess. Bauernpaar** Sängerin.
Logenplatz 1.75, Res. Platz 1.20, Saal 0.65.
Militär wochentags halbe Eintrittspreise.
Leitung **Künstler-Brettel** Am Flügel H. Zorn.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg.
Hans Bachstein (Hofopernsänger) — Jos. Valt — Lisa Werner —
Steffi Wagner — Emmi Ludwig — Marion Helas — Elsa Graf —
Schwestern Herward — Wolff van Vries — Karl Stammvoll — Heln.
Prasch — Elsa Schneider — Karl Bauer.
Wein — Bier — Kaffee — Kalte und warme Speisen.
Eintritt frei! **Kaffee-Haus.** Eintritt frei!
Ab 4 Uhr **Künstler-Konzerte** Ab 4 Uhr
unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Wolff van Vries.

L. Crecellus Ww.
Zigarrenhandlung
Höchst a. M., Königsplatz 21.

Billig
moderne neue
und von Oerrschaffen
wenig getragene elegante
Ulster
Paletots
Anzüge
Bozener Mäntel, Pelermien,
Gehrock- u. Smokinganzüge,
alles nur bessere und gute
Qualitäten, doch ausfallen
billig!
Kaufhaus für
Monatsgarderoben
Löngeßgasse 33, 1. St.

Viele große Vorteile durch Er-
parung 1. Rabenmiete u. eig. Ger-
teff. d. Ware. Herren- u. Konfirm-
Anzüge, schwarzblau, maroon, jede
Größe vorrät. Hosen, Wettermäntel,
Kapes, Mäntel u. Ueberzieher enorm
bill. abzug. Berger Str. 107, 1. Herren-
schneider. Anzüge werb. auch nach
Maß mit u. ohne Stoff und. Garantie
f. gut. Eig. billig angefertigt. 2884
Für Schuhmacher!
Militärlichtdruckabfälle, verschiedene
Reithüte für Pferd usw., 1. Qual.
00 Pfg., 11. Qual. 30 Pfg. per Pfd.,
Prima Militär-Reithüte zu Ober-
beck per Pfd. 1.40, große Kinders-
abfälle Pfd. 1.60, ganz grobe braune
Vogelabfälle Pfd. 2.— etc. bei
Hartmann, Wiesbaden, Nr. 42

Verband der Pflasterer, Filiale Langenselbold.
Nachruf.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege
Georg Hensel
am 18. Dezember infolge einer schweren Verwundung im Feld-
lazarett in Frankreich gestorben ist.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
3168 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Gesangv. „Einigkeit“, Langenselbold.
Nachruf.
Wir machen hierdurch die traurige Mitteilung, dass
unser Mitglied
Georg Hensel
am 18. Dezember im Feldlazarett in Frankreich infolge einer
schweren Verwundung gestorben ist.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
3160 Der Vorstand.